

Positionierung des Kreisschulbeirats Potsdam zur IKSEP – weiterführende Schulen

1. Ausgangslage

Potsdam hat eine Reihe hervorragender Schulen und ist auch für das Umland ein attraktiver Schulstandort. Über 3.900 Schülerinnen und Schüler von außerhalb besuchen Potsdamer Schulen.

Unter Berücksichtigung der LuBK-Klassen erhalten aktuell mehr als 3/4 aller Kinder an Potsdamer Grundschulen eine Empfehlung für den Bildungsgang zur Allgemeinen Hochschulreife (AHR), bei den Schulen in privater Trägerschaft sind es über 90%.

Die Nachfrage nach Plätzen an **Gymnasien** nahm in den vergangenen Jahren zu, wobei der Zuwachs durch die Nachfrage aus dem Umland verstärkt wird.

Bei der Nachfrage nach **Gesamtschulen** ist auffällig, dass diese je nach Schule sehr stark variiert. Während die Schulen Voltaire-Gesamtschule, die Da Vinci-Gesamtschule und das Schulzentrum am Stern regelmäßig stark übernachgefragt sind, füllt insbesondere die Steuben-Gesamtschule ihre Kapazitäten seit Jahren nicht mehr. Lenné- und Steuben-Gesamtschule werden überdurchschnittlich von Einpendlern besucht.

Die Nachfrage nach **Oberschulen** nimmt ab. Nur die Plätze der Montessori-Oberschule Potsdam sind in der Erstwunsch-Anwahl übernachgefragt, während die Kapazitäten von Fontane- und Kollwitz-Oberschule jeweils zu weniger als 1/4 im Erstwunsch angewählt werden.

2. Bewertung

Da die Welt immer komplexer und Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten immer wichtiger werden, ist es aus Sicht des KSB zu begrüßen, wenn der Anteil der Kinder, die einen hohen Schulabschluss anstreben, steigt.

In den letzten Jahren nahm der Anteil der Kinder, die ein Gymnasium besuchen, stetig zu. Gleichzeitig berichten Lehrkräfte an Gymnasien, dass es dort zunehmend schwerer wird, dem Anspruch einer besonders leistungsorientierten Schule zu entsprechen. Zudem nehmen Klagen über Schulstress und psychische Belastung zu.

An den Gesamtschulen steigt der Anteil von Kindern mit besonderen Herausforderungen und Unterstützungsbedarf. Dessen ungeachtet bleibt der Auftrag, allen Schülerinnen und Schülern alle Bildungswege zu ermöglichen.

In den letzten Jahren nahm der Anteil der Kinder, die eine AHR-Empfehlung erhielten, stark zu. Die Gesamtschulen dürfen jedoch seit über 20 Jahren unverändert nur maximal 1/3 ihrer Schüler mit Bildungsgangwunsch AHR aufnehmen (sog. AHR-Deckel). In der Folge steigt der Anteil leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler

an den Gesamtschulen und die Durchmischung an den Gesamtschulen entfernt sich vom Durchschnitt eines gesamten Jahrgangs.

Schulen mit gravierender Unternachfrage sind die Steuben-Gesamtschule, die Fontane-Oberschule und die Käthe-Kollwitz-Oberschule. Auch mit Zuweisungen gelang es in den letzten Jahren nicht mehr, diese Schulen auszulasten. Der KSB sieht es mit Sorge, dass es der öffentlichen Hand derzeit nicht gelingt, allen Familien, die sich eine Schule in öffentlicher Trägerschaft wünschen, ein überzeugendes Angebot zu machen und die bestehenden Kapazitäten so zu profilieren, dass sie mehr Zulauf erfahren.

Entscheidend für die Attraktivität einer Schule sind nicht allein die die Schulform oder der formale Abschluss, sondern vor allem auch die Entfernung zum Wohnort, das pädagogische Konzept, die pädagogische Qualität - besondere fachliche Angebote-, die Beziehungsarbeit, individuelle Förderung und Lernkultur.

Das Angebot an Schulplätzen sollte sich stärker an den Wünschen der Familien orientieren. Dies betrifft nicht nur den Bildungsgangwunsch G12 oder G13 mit AHR, FOR, EBR sondern auch die Schulform und das Schulkonzept.

An einer Universitätsschule besteht ein breites Interesse in sehr verschiedenen Gruppen der Stadtgesellschaft, so dass davon auszugehen ist, dass so eine Schule auf große Nachfrage in allen Bildungsgängen stoßen wird.

3. Zehn Handlungsempfehlungen des Kreisschulbeirats

3.1. Schulformwahl der Familien ernst nehmen

Die gemeinsame Wahl der Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern für eine bestimmte Schulform ist zu berücksichtigen, nicht nur der Bildungsgangwunsch. Allen Familien, die sich eine bestimmte Schulform wünschen, soll ein Platz an dieser Schulform angeboten werden.

3.2. Attraktivität der Steuben-Gesamtschule weiter stärken

Die Bemühungen zur Verbesserung der Attraktivität der Steuben-Gesamtschule haben die Auslastung der bestehenden Kapazitäten leicht verbessert. Allerdings können die verfügbaren Schulplätze weiterhin nur unzureichend ausgelastet werden. Die Bemühungen sind daher zu intensivieren, auszuweiten und von allen Beteiligten zu unterstützen.

3.3. Oberschulstandorte neu bewerten

Die geringe Nachfrage rechtfertigt das Angebot von drei Oberschulen nicht mehr. Die Stadt sollte an ihrem Beschluss zur Schließung der Fontane-Oberschule festhalten. Der Fortbestand von den stark unternachgefragten Oberschulen in Potsdam muss inhaltlich und konzeptuell überdacht werden.

3.4. AHR-Deckel anheben

Den Gesamtschulen muss eine angemessene Durchmischung ihrer Schülerschaft ermöglicht werden, dazu sollte sich die Stadt beim Land für eine Anhebung des AHR-Deckels einsetzen.

3.5. Universitätsschule aktiv unterstützen

Die Universitätsschule ist eine Bereicherung für die Potsdamer Schullandschaft. Die Stadt sollte ihre Gründung mit Nachdruck unterstützen, auch weil die gesamte Schullandschaft von den dort gewonnenen Erkenntnissen profitiert.

3.6. Reformpädagogische Gesamtschule schaffen

Aufgrund der großen Nachfrage sollte die Stadt eine weitere Gesamtschule - wie sie mit der dem Waldstadtcampus vorgesehen ist - mit einem reformpädagogischen Konzept errichten. Das ist auch notwendig, damit die große Zahl von FORQ-Absolventen der Montessori-Oberschule das Abitur an einer Schule mit reformpädagogischem Konzept ablegen kann. Der Waldstadtcampus würde sich als Standort für die Universitätsschule anbieten.

3.7. Umlandentwicklung stärker berücksichtigen

Die Potsdamer Schulentwicklungsplanung muss das beschleunigte Bevölkerungswachstum im Umland bei gleichzeitig stagnierendem Schulplatzangebot berücksichtigen.

3.8. Integrierte Schulentwicklungsplanung für die Bildungsregion

Wir fordern eine integrierte Schulentwicklungsplanung für die Bildungsregion, die mindestens zwischen der LHP und dem Landkreis Potsdam Mittelmark abgestimmt ist.

3.9. Verbesserung der Verkehrsanbindung der Schulstandorte Jungfernsee / Krampnitz

Die Bevölkerungsentwicklung in Potsdam wird insbesondere durch die Entwicklung von Krampnitz sowie die nun erfolgte Freigabe des Entwicklungsgebietes Golm langfristig zu einer deutlich erhöhten Nachfrage im Nordwesten der Stadt führen. Durch eine verbesserte Verkehrsanbindung der Stadtteile Golm, Eiche, Bornim und Marquardt können das Nord-Gymnasium, das Dalton-Gymnasium sowie mittelfristig die nach Krampnitz umziehende Gesamtschule Schule am Schloss besser erreicht und die entstehenden Nachfragebedarfe im Schulbereich wirksam aufgefangen werden. Eine leistungsfähige Anbindung dieser Schulstandorte ist daher ein wichtiger Baustein zur Sicherstellung der zukünftigen Bildungsversorgung im Potsdamer Norden und Nordwesten.

3.10. Sicherung der Kapazitäten der Gymnasialstandorte im Potsdamer Norden

Die aktuelle Bevölkerungsprognose zeigt, dass die Nachfrage nach Schulplätzen in der Sekundarstufe I erst im Schuljahr 2031/32 ihren Höchststand erreichen wird. Bereits heute ist die Versorgung mit Gymnasialplätzen angespannt. Der zusätzliche Bedarf kann im laufenden Schuljahr lediglich durch die Einrichtung von drei weiteren Zügen gedeckt werden.

Der temporäre Standort des Nord-Gymnasiums ist derzeit nur bis maximal 2028/29 bzw. 2029/30 – in Abhängigkeit von der jeweiligen Zügigkeit – gesichert. Der geplante Neubau des Dalton-Gymnasiums an der Pappelallee wird voraussichtlich erst ab dem Schuljahr 2031/32 zusätzliche Kapazitäten schaffen können, sofern dieser Neubau wie vorgesehen realisiert wird. Damit zeichnen sich für den Zeitraum von 2028/29 bis 2031/32 bereits heute erhebliche Kapazitätsrisiken im gymnasialen Bereich im Potsdamer Norden ab, die auch durch zusätzliche Züge an anderen Gymnasien in Potsdam wahrscheinlich nicht mehr kompensiert werden können.

Da die Vorlaufzeiten für Schulbaumaßnahmen in öffentlicher Bauträgerschaft derzeit mindestens zwei bis drei Jahre für modulare Interimsbauten sowie fünf bis sechs Jahre für Neubauten in Massivbauweise betragen, ergibt sich ein unmittelbarer und dringender Handlungsbedarf zur langfristigen Absicherung eines Standorts für das Nord-Gymnasium.

Darüber hinaus sollte zur Deckung der steigenden Nachfrage nach Gymnasialplätzen eine maximale Auslastung des Gebäudes am neuen Interimsstandort des Dalton-Gymnasiums am Jungfernsee bereits ab dem Schuljahr 2027/28 erwogen werden.